



Politik

Orban zu Wahlen in 2026: Entscheidung zwischen Frieden und Krieg

29. Dezember 2025

4,2 Minuten Lesezeit

von [Dr. Peter F. Mayer](#)

Der ungarische Ministerpräsident erklärte in einer nationalen Fernsehansprache, dass die EU-Spitzenpolitiker sich wie in einem Kriegsrat verhielten, während Ungarn daran arbeite, das Land aus dem Konflikt mit Russland herauszuhalten.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sagte, die jüngsten Anti-Kriegs-Kundgebungen in Ungarn dienten dazu, der Öffentlichkeit zu

erklären, was er als Entscheidungen hinter verschlossenen Türen bezeichnete, während Europa sich auf den Krieg vorbereitet.

In einer Sendung der Fernsehstation TV2 (<https://www.budapesttimes.hu/hungary/orban-those-who-win-time-win-life/>) sagte er, die europäischen Staats- und Regierungschefs hätten bei einem Gipfeltreffen am Wochenende praktisch einen „Kriegsrat“ einberufen, dessen Reden sich auf die Niederlage Russlands konzentrierten, und argumentierte, dass seit der Amtseinführung von Donald Trump im Januar eine wachsende Kluft zwischen den Vereinigten Staaten und Europa entstanden sei.

„Früher war es innerhalb der NATO undenkbar, dass die Vereinigten Staaten zu etwas Nein sagen würden und die europäischen Staaten es trotzdem tun würden“, sagte der Ministerpräsident.

Orbán warnte, dass Europa viel näher am Krieg sei, als den meisten Ungarn bewusst sei, und verwies auf einen deutschen Kriegsplan, die in Westeuropa gehaltenen russischen Währungsreserven zu beschlagnahmen, was seiner Meinung nach Europa offen zum Feind Russlands machen würde.

Laut Ministerpräsident Orbán hat sich das strategische Gleichgewicht, das einst eine Eskalation verhindert hat, verschoben: Während US-Präsident Donald Trump sich für den Frieden einsetzt, neigt die derzeitige europäische Führung eher zum Konflikt. Diese Divergenz, so der Ministerpräsident, habe Europa gefährlich nahe daran gebracht, zu einem Schlachtfeld zu werden. Er betonte, dass Ungarn entschlossen für den Frieden eintreten müsse und zog eine klare Grenze zwischen der sogenannten „Kriegspartei“ – angeführt von Persönlichkeiten wie Ursula von der Leyen, Friedrich Merz und Manfred Weber – und der „Friedenspartei“, die seiner Meinung nach im Inland durch die Fidesz vertreten und international, unter anderem von den Vereinigten Staaten, unterstützt wird.

Laut dem Ministerpräsidenten wird Ungarn nun ein kriegsfreies

Weihnachtsfest haben, aber die Gefahr ist noch nicht vorbei. Er sagte, die Europäische Union wolle der Ukraine über zwei Jahre hinweg 90 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, obwohl sie selbst über keine Mittel verfüge, und suche daher Kredite bei Banken, die seiner Meinung nach niemals zurückgezahlt werden würden. Orbán sagte, die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn hätten sich geweigert, Garantien für die Kreditaufnahme zu übernehmen. „Das hätte ungarische Familien 400 Milliarden Forint gekostet. Das werden wir nicht bezahlen – Punkt“, sagte er.

⚠ *Even supporters of the €90bn Ukraine loan concede it will not be repaid. The result is budget cuts and permanent debt for Europe.*

➡ *This is not economic policy, but financing the continuation of war. 🇭🇺 Hungary will not take part. We stand with peace. <https://t.co/r9zmB3yBQD> (<https://t.co/r9zmB3yBQD>)*

— Balázs Orbán (@BalazsOrban_HU) December 21, 2025 (https://twitter.com/BalazsOrban_HU/status/2002779366041031041?ref_src=twsrc%5Etfw)

Orbán argumentierte, dass Europa mehr Vermögenswerte des privaten Sektors in Russland habe als der Wert der Gelder, die es beschlagnahmt hätte, und fügte hinzu, dass auch Ungarn dort bedeutende Unternehmensvermögen besitze. Er äußerte die Hoffnung, dass die Verhandlungen zwischen den USA und Russland trotz der von ihm als Gegenkampagne bezeichneten Bemühungen der politischen Elite Europas erfolgreich sein würden. Er behauptete, dass angesichts der steigenden wirtschaftlichen Kosten des Konflikts nun die Kriegsgegner die öffentliche Meinung im Westen dominierten.

Hungary knows what war means. Two lost world wars, millions dead, decades of progress erased. War does not build nations, it devours their future. This memory of loss lives in our very core, in our instincts. Others seem to remember only vaguely, falling into speculation and... [pic.twitter.com/u8AanMiHFu](https://t.co/u8AanMiHFu) (<https://t.co/u8AanMiHFu>)

— Orbán Viktor (@PM_ViktorOrban) [December 23, 2025](https://twitter.com/PM_ViktorOrban/status/2003422011435917369?ref_src=twsrc%5Etfw) (https://twitter.com/PM_ViktorOrban/status/2003422011435917369?ref_src=twsrc%5Etfw)

„Aus ungarischer Sicht ist Krieg das Schrecklichste, was passieren kann“, sagte er. „Wir wissen, wie ein Krieg die Zukunft einer Nation und Jahrzehnte harter Arbeit zunichte macht.“

Der Ministerpräsident argumentierte auch, dass finanzielle Interessen die Politiker in den Konflikt treiben. Er sagte, dass Banker Europa in den Krieg treiben würden, wie sie es vor dem Ersten Weltkrieg getan hätten, und behauptete, dass innerhalb weniger Monate die Kluft zwischen der ungarischen und der europäischen Politik noch deutlicher werden würde. Deutschland sei kriegsbefürwortend, ebenso wie die Europäische Volkspartei, während seine Regierung in Budapest das vertrete, was er als Partei des Friedens bezeichnete.

„Wir werden uns nicht in einen Krieg hineinziehen lassen“, sagte Orbán und fügte hinzu, dass das erklärte Ziel Europas, bis 2030 für einen Krieg mit Russland bereit zu sein, die bevorstehenden Wahlen in Ungarn zu einer Entscheidung zwischen Frieden und Krieg mache. „Wir – und ich persönlich – werden es schaffen, Ungarn aus dem Krieg herauszuhalten“, sagte er.

Unsere Arbeit ist spendenfinanziert – wir bitten um Unterstützung.

Folge TKP auf Telegram oder GETTR und abonniere unseren Newsletter.

WERBUNG



EU-24 geben 90 Milliarden Euro Kriegskredit an Ukraine aus Steuergeldern (<https://tkp.at/2025/12/19/eu-24-geben-90-milliarden-euro-kriegskredit-an-ukraine-aus-steuergeldern/>)

Slowakei Premier Robert Fico spricht Klartext über die EU in Brüssel: „Das hat nichts mit Demokratie zu tun“ (<https://tkp.at/2025/12/19/slowakei-premier-robert-fico-spricht-klartext-ueber-die-eu-in-bruessel-das-hat-nichts-mit-demokratie-zu-tun/>)

Ungarn plant Klage gegen EU (<https://tkp.at/2025/11/21/ungarn-plant-klage-gegen-eu/>)

Orbán: Präsident Trump hat sich für Ungarn eingesetzt (<https://tkp.at/2025/11/10/orban-praesident-trump-hat-sich-fuer-ungarn-eingesetzt/>)